



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

das Weltgeschehen beeinflusst weiter im hohen Maße unsere parlamentarische Arbeit. Ich möchte daher in dieser Woche bewusst zuerst darauf eingehen, dass wir Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiter an vielen Orten der Welt stationiert haben. Es gehört zu einer besonderen Tradition, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Botschaften auf die gelben "Bänder der Verbundenheit" schreiben. Mit jedem Wort drücken wir unsere tiefste Anerkennung und unseren Dank für ihr Engagement und ihre Hingabe aus. Sie setzen sich täglich für unsere Demokratie ein und verdienen unsere vollste Unterstützung. Diese Bänder werden nun, zusammen mit guten Wünschen und Weihnachtsgrüßen, in die Einsatzgebiete unserer Truppen gesandt. Es mag nur eine kurze Unterschrift sein, aber sie trägt unsere Verbundenheit und unseren Respekt über Meere und Grenzen hinweg.

Am 9. November jährte sich zum 85. Mal die damalige Reichspogromnacht, in der Nazi-Horden jüdische Menschen misshandelten, verschleppten und ermordeten - Auftakt für das Menschheitsverbrechen des Holocaust. "Nie wieder!" bedeutet für uns heute: wir müssen jüdisches Leben in Deutschland ohne Wenn und Aber schützen und stehen fest an der Seite Israels. Der brutale Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober atmet den Ungeist von 1938. Mit unserem Antrag, den wir an diesem Tag debattierten, möchten wir dieses Thema bewusst machen und dafür sorgen, dass konkrete Schritte gegangen werden, unserer Staatsräson nachzukommen.

Daneben haben wir am Montag mit Spannung die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz erwartet, da wir insbesondere zum Thema Migration 26 konkrete Punkte und Lösungsvorschläge eingebracht hatten. Die Beschlüsse sind allerdings nicht mehr als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer raschen und spürbaren Reduzierung der irregulären Migration nach Deutschland. Die Einigung wärmt viele altbekannte Ankündigungen aus früheren Beschlüssen auf, die auch

nach Monaten noch nicht umgesetzt sind. Von unseren 26 Punkten wurde nur ein Bruchteil aufgegriffen. Die Kraft des Bundeskanzlers zur Änderung seiner Migrationspolitik scheint bereits beim kleinsten gemeinsamen Nenner erschöpft. Wir fordern auch weiterhin: Die Zahlen müssen runter.

Die Sitzungswoche war wieder sehr arbeitsreich und wir als Union haben allein 13 Initiativen eingebracht. Einige stelle ich im Folgenden vor.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre und Eure
Kerstin Vieregge



MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IN DER PROSTITUTION BEENDEN

Nachdem alle bisherigen Bemühungen gescheitert sind, die menschen-unwürdigen Zustände in der Prostitution zu beenden, brauchen wir einen Kurswechsel. Wir wollen die in anderen europäischen Staaten gemachten Erfahrungen nutzen und das sogenannte „Nordische Modell“, also die Bestrafung des Sexkaufs, zu einem von Prävention und Ausstiegsangeboten begleiteten nationalen Modell für Deutschland weiterentwickeln. Prostitution wird es immer geben, aber mit einer Bestrafung des Sexkaufs in deutlich kleinerem Umfang. Als Staat können wir Frauen nicht in der Prostitution, sondern nur vor der Prostitution schützen.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns ein für die Rechte und den Schutz von Frauen. Wir treten in der Breite und mit aller Kraft ein gegen den geschlechtsspezifischen Missbrauch von Macht, der die Geschäftsgrundlage der Sexindustrie ist. So stärken wir die Gleichstellung in unserer Gesellschaft.

[Mehr dazu...](#)



ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN! WIR FORDERN HÄRTERE STRAFEN.

Der Staat Israel muss sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Für die Offensive gegen die Hamas muss Israel die militärische Unterstützung erhalten, die das Land zur Wiederherstellung seiner Sicherheit benötigt. Deutschland muss zudem seinen Einfluss in den internationalen Organisationen geltend machen und unmissverständlich Position zugunsten des angegriffenen Staates Israel beziehen. Die Enthaltung der deutschen Bundesregierung bei der einschlägigen Resolution der Vereinten Nationen ist beschämend. Denn es darf keinen Zweifel geben, wo die demokratischen Kräfte in Deutschland stehen: An der Seite Israels und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und übermorgen noch gelten, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert oder zu Ende ist. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre Parolen auf deutsche Straßen tragen. Deshalb fordern wir in 49 Punkten eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus. Zu unseren Forderungen zählt, dass das „Islamische Zentrum“ in Hamburg endlich von der Bundesinnenministerin Faeser geschlossen werden muss. Ferner sollte Antisemitismus als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung im Strafgesetzbuch verankert werden, inklusive einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die Kürzung der Förderung des Anne-Frank-Zentrums im Bundeshaushalt 2024 zurückzunehmen.

Hashtag: #standwithisrael

[Mehr dazu...](#)



VERSCHIEBEBAHNHOF ARBEITSAGENTUR VERHINDERN

Arbeitsminister Heil wollte die Betreuung von unter 25-jährigen Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsagenturen durchführen lassen. So sollten 900 Mio. Euro/Jahr aus der Steuerkasse eingespart werden. Die Kosten sollten stattdessen die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung zahlen. Die Pläne des Ministers sind wegen des öffentlichen Protests gescheitert. Doch Minister Heil will die Pläne dem Grunde nach beibehalten: Nun sollen Weiterbildung und Reha Langzeitarbeitsloser ab 2025 im SGB III statt SGB II verwaltet werden. In unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, stellen wir fest: Eine fachliche Begründung der Pläne des Arbeitsministers gibt es nicht. Es sind Verschlechterungen für die Betroffenen zu erwarten, durch neue Schnittstellen und eine Vielzahl von Ansprechpartnern. Wir kritisieren zudem die Mittelkürzungen im Eingliederungs- und Verwaltungstitel der Jobcenter. Für die Vermittlung in Arbeit stehen 700 Mio. Euro weniger zur Verfügung als im Vorjahr. Es steht zu befürchten, dass sich die Vermittlung in Arbeit spürbar verschlechtern wird.

[Mehr dazu...](#)



VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Für Deutschlands Sicherheit – nachhaltige Finanzierung für eine einsatzbereite und einsatzfähige Bundeswehr

Nach Ende des bipolaren Konflikts profitierte Deutschland von der sogenannten „Friedensdividende“. Wir lebten in der Illusion vom „Ende der Geschichte“, in welchem es keine existenziellen militärischen Bedrohungen mehr geben würde. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben sich die sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundannahmen jedoch fundamental verschoben. Deutschland braucht eine Bundeswehr, die die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen kann. Der Weg dahin ist steinig, der Reform- und Nachholbedarf immens. Neben ausreichend Ressourcen sind effiziente Prozesse und klare Strukturen notwendig. Die „Zeitenwende“ erfordert raschen und einschneidenden Wandel in der Bundeswehr. Nur so kann auf die grundlegende Lageänderung reagiert und die Bundeswehr schnellstmöglich auf die Erfordernisse der Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet werden. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gibt es dabei nicht zum Nulltarif. Es erfordert eine schmerzhaft, aber dringend notwendige finanzielle Unterfütterung im Bundeshaushalt. Das durch alle NATO-Mitgliedstaaten vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel, also die Aufwendung von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für verteidigungsrelevante Ausgaben, ist hierfür zentral. Die Verteidigungsausgaben müssen, wie vom Verteidigungsminister selbst gefordert, ab 2024 substanziell, d.h. um jährlich mindestens zehn Milliarden Euro erhöht werden, und zwar zusätzlich zum Sondervermögen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem Wort der „Zeitenwende“ endlich auch konkrete Taten bei der Reform der Bundeswehr folgen zu lassen.

[Mehr dazu...](#)



WEITERE WICHTIGE DEBATTEN

1. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

[Mehr dazu...](#)

- 1. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG)

[Mehr dazu...](#)

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



DER OKTOBER WAR PINK

Anfang Oktober übergaben die lippischen Landfrauen im Kalletal einen eigens angefertigte Erntekrone an unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Nun konnte ich mich davon überzeugen, dass diese auch heile in Berlin vor dem Bundespräsidialamt angekommen ist und einen ehrenvollen Platz gefunden hat. Gleiches gilt übrigens für den pinken Schal von Sabine Mirbach und ebenfalls von den lippischen Landfrauen. Im Rahmen der Aktion „Der Oktober ist pink wird mit der Symbolik auf das Thema Brustkrebs aufmerksam gemacht. Eine wirklich tolle Kampagne, die ich sehr gerne unterstütze und die an unseren lippischen Straßen viel Beachtung findet!



ZU GAST BEI DER LIEBHART-GRUPPE

Mehrere hundert Produkte hat die Liebhart-Gruppe in Detmold im Sortiment – und keine Reklamationen! Darauf ist Manfred Liebhart zu Recht stolz, zeigt sich hier doch allerbeste und beständige Produktqualität. Im Team mit seinem Bruder Rolf hat er das erfolgreiche Familienunternehmen aufgebaut und mit viel Kreativität, Innovationsfreude und Risikobereitschaft zu einem Stabilitätsanker in Lippe entwickelt. Die Liebhart-Gruppe gehört zum deutschen Mittelstand, der unseren Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig macht, die meisten Mitarbeiter beschäftigt und erheblich zum Steueraufkommen in unseren Kommunen beiträgt. Doch die schwierige wirtschaftliche Lage und die bekannten, aber auf politischer Ebene immer noch ungelösten Probleme setzen den deutschen Mittelstand unter Druck. Überbordende Bürokratie engt die unternehmerischen Entscheidungsräume ein, gefährdet Betriebe, Arbeitsplätze und den Standort Deutschland. Wann will die Ampel endlich handeln und den Sonntagsreden Taten folgen lassen? Die Vorschläge der Unionsfraktion liegen auf dem Tisch. Sie können, dürfen und MÜSSEN umgesetzt werden.



Ein Blick in die verborgene Welt des
Kalten Krieges:

Ein Besuch beim Dokumentationszentrum
Regierungsbunker

GESCHICHTE GANZ UNMITTELBAR:

DOKUMENTATIONSZENTRUM REGIERUNGSBUNKER

Ich war heute an einem ganz besonderen Ort, der für alle Geschichtsinteressierten ein Muss ist: die Dokumentationsstätte Regierungsbunker. Eingebettet in die Ahrberge, diente dieser geheime Ort einst als einer der wichtigsten Schutzbunker Deutschlands, konzipiert für den Fall eines Atomkriegs als Zufluchtsort der Bundesregierung. Unsere Tour durch die beeindruckenden 17 km langen Tunnel und Räume, die stark an die Ära des Kalten Krieges erinnern, vermittelte ein sehr reales Bild von den Vorbereitungen auf einen atomaren Angriff. Die beklemmende Enge und gleichzeitige technische wie logistische Brillanz dieser Anlage war faszinierend. Jeder Winkel des Bunkers erzählt Geschichten von Angst, Hoffnung und dem Kampf ums Überleben. Die Ausstellungen bieten nicht nur Fakten, sondern regen auch zum Nachdenken über die Fragilität von Frieden und Sicherheit an.



Wo stehen wir bei der
Zeitenwende?

Danke an den Außen- und
Sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CDU
Herford für die gelungene Veranstaltung!

SICHERHEITSPOLITISCHER ABEND BEI DER CDU HERFORD

Was für ein erkenntnisreicher und diskussionsintensiver Abend bei dem Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CDU Herford! Gestern durfte ich, gemeinsam mit Oberst Eggert, dem Kommandeur unserer heimischen Panzerbrigade 21 „Lipperland“, zum Stand der Umsetzung der Zeitenwende vortragen. Unsere Kandidatin für die kommende Europawahl, Verena Mertens brachte die europäische Perspektive ein.

Ein großes Dankeschön an alle Anwesenden für Ihre zahlreichen und durchdachten Fragen sowie für die belebten und aufschlussreichen Diskussionen! Ich komme gern wieder!



POSALTER MAX - FAMILIENUNTERNEHMEN MIT TRADITION

Dein Sofa – Dein Lieblingsplatz! Das ist erklärtes Ziel von Udo und Matthias Stockhausen, Inhaber von Polster MAX in Bad Salzuflen.

Wer die neuen Ausstellungsräume in der Bahnhofstraße besucht, wird seinen individuellen Lieblingsplatz finden. Voll im Trend liegen Kord und – ganz neu – schöne weiche Stoffe aus PET. Die Vielfalt an Materialien und Farben, Formen und Funktionen ist riesig, Beratung wird im traditionsreichen Familienbetrieb groß geschrieben und gemeinsam mit dem Kunden wird das Sofa nach Wunsch am Computer zusammengestellt und anschaulich präsentiert. Mit einem starken Einkaufsverband im Rücken behaupten Vater und Sohn Stockhausen sich seit Jahren bestens im Wettbewerb mit den Riesen im Möbelhandel. Ein besonderer Service des Hauses: bei Lieferung des neuen wird das alte Sofa gratis entsorgt. Gleichwohl spürt auch die gesamte Möbelbranche die schlechte wirtschaftliche Lage im Land. Im offenen Brief fordern die großen Möbel-Verbände von der Ampel klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, ein Sofortprogramm für den Wohnungsbau und insgesamt mehr politisches Tempo – und das mit Recht! Statt energetische Standards zu verschärfen, statt etablierte Wohnungsbau-Förderprogramme zu stoppen und mit all dem auch die nachgelagerten Wirtschaftszweige aus dem Gleichgewicht zu bringen, muss die Bundesregierung endlich Investitionsvertrauen und Konsum stärken. Das funktioniert nicht mit immer neuen Auflagen und Regulierungen, sondern mit steuerlichen Maßnahmen, mit Förderprogrammen und mit Maßnahmen zur Kostensenkung, so wie es die Unionsfraktion ganz konkret im Bundestag beantragt hat.



“
Niemand darf aufgrund fehlenden
Internetzugangs benachteiligt werden!
7 Millionen ältere Menschen in
Deutschland haben diesen Zugang nicht.

LEBEN OHNE INTERNET - GEHT'S NOCH?

Die BAGSO und Seniorenorganisationen setzen sich mit der Aktion "Leben ohne Internet – geht's noch?" dafür ein, die Schwierigkeiten von rund sieben Millionen älteren Menschen in Deutschland ohne Internetzugang zu verdeutlichen. Diese Menschen stoßen im Alltag oft auf Hindernisse.

Gerade in unserer ländlichen Region Lippe, wo viele ältere Menschen bereits durch die ländliche Infrastruktur in ihrem täglichen Leben eingeschränkt sind und das Internet teilweise nicht einmal zuverlässig flächendeckend funktioniert, ist die Unterstützung dieser Aktion von großer Bedeutung.

Die Schwerpunkte liegen auf kommunalen Bürgerdiensten und anderen Angeboten in den Gemeinden. Jeder Bürger sollte vollen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen haben, unabhängig davon, ob er das Internet nutzt oder nicht. Ich persönlich unterstütze und befürworte diese Aktion von Herzen. Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass niemand aufgrund fehlenden Internetzugangs benachteiligt wird.

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

